

Unter dem Schutze zweier aus Mainz beigezogener Bataillone hielt die National-Versammlung am 18. September 1848 Vormittags Sitzung, umringt von drohenden Haufen, deren Versuch, gewaltsam in den Sitzungsaal einzudringen, durch Reichstruppen vereitelt wurde. Von 2 Uhr bis gegen 9 Uhr Abends dauerte der Straßenkampf gegen die zahlreich errichteten Barrikaden und die von Bewaffneten besetzten Häuser, aus welchen fortwährend auf die Truppen geschossen wurde. Erst am 19. Morgens war die gesetzliche Macht vollständig Meister der Stadt.

In den ersten Nachmittagsstunden wurden die beiden Abgeordneten der deutschen National-Versammlung, Fürst Lichnowsky und v. Kuerswald, die in bürgerlicher Kleidung und unbewaffnet aus der Stadt ritten, von bewaffneten Haufen angegriffen, aus Häusern worin sie sich geflüchtet hatten, getrieben, und mit empörender Grausamkeit ermordet. Der Abgeordnete Hetscher wurde in Höchst eine lange Nacht hindurch von rasenden Pöbelhaufen mißhandelt und mit dem Tode bedroht; auch andere Abgeordnete schwebten in Lebensgefahr.

Bei solchen Vorgängen konnte die provisorische Centralgewalt in dem, was ihre Pflicht erfordere, nicht zweifelhaft sein. Eine Truppenmacht war binnen wenigen Stunden in Frankfurt versammelt, mit der nicht nur der Aufruhr besiegt wurde, sondern durch die auch einer Erneuerung desselben hier und in der Nähe vorgebeugt sein wird. Das Kriegsgesetz wurde verkündet, die Entwaffnung der Einwohner verfügt und die Justiz ist thätig, die zahlreich Verhafteten zu richten und den andern Schuldigen nachzuforschen.

Aber die Centralgewalt verkennt nicht, daß damit ihre Aufgabe nicht vollendet sei, daß nach den tiefen Erschütterungen, die Deutschland erfuhr, nebst dem errungenen Gute der Freiheit, das gewahrt, geschützt und dauernd befestigt werden soll, bedauerndwerthe Mißverständnisse eingetreten sind, die, indem sie Bürgerkrieg und Anarchie theils schon hervorriefen, theils die Saat dazu gelegt, die Freiheit selbst in Frage stellen und unser Vaterland mit einer furchtbaren Zukunft bedrohen.

Eine Fortdauer dieses Zustandes kann nicht geduldet werden, denn er ist ein offener Angriff auf die Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates, die, durch alle Theile desselben umfassende Maßregeln, zu bewahren, die provisorische Centralgewalt berufen ist. Sie wird diese Maßregeln demnächst Hand in Hand mit den deutschen Regierungen, sie wird sie dahin treffen, daß dem Gesetze, dessen Vollzug in manchen Theilen Deutschlands stille steht, wieder Geltung und kräftige Wirksamkeit werde. Die provisorische Centralgewalt ist dabei über die thätige Mitwirkung aller Regierungen, die wie sie weiß, dem deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, des Friedens und der Ordnung verbürgt wissen

wollen, nicht in Zweifel, und wird ihre Unterstützung nur mit Erfolg in Anspruch nehmen.

Aber indem sie erkennt, daß die Herrschaft der Gesetze dort, wo sie geschwächt ist, hergestellt werden muß, vertraut sie, es werde dem Muth und dem Pflichtgeföhle Jener, die vor allem berufen sind, ihre Mitbürger vor Anarchie zu bewahren, Ernst sein in Erfüllung dieser Pflicht, damit an ihnen das deutsche Volk, was den Frieden und die Herrschaft der Gesetze wünscht, Halt und Stütze finde, und dann gewiß freudig mitwirke, wo zu seinem Heile gewirkt werden soll.

In dieser Richtung nimmt die provisorische Centralgewalt jetzt schon die kräftige Mitwirkung aller deutschen Regierungen dahin in Anspruch, daß sie ihre Behörden und Beamten, und jene Institute, die zur Vertheidigung der Ordnung und der Gesetze bestesien, zur eifrigen Pflichterfüllung dort wo sie hierin nachließen, ernstlich ermahnen, damit dem theilweise eingerissenen Zustande der Gesetzlosigkeit, unter welchem nur die Freunde der wahren Freiheit leiden, kräftig ein Ziel gesetzt werde.

Frankfurt a. M. den 22. September 1848.

Der Reichsverweser: (gez.) Erzherzog Johann.

Der Reichs-Minister des Innern: (acz.) Schmerling.
(Graf Keller: Reichs-Kommissar.)

Die Bürgerwehr als Schutzwehr der constitutionellen Monarchie.

(Fortsetzung.)

In sofern dem Willen des absoluten Herrschers kein anderer Wille entgegentreten kann, so heißt er mit Recht allmächtig oder großmächtig. Der absolute Monarch ist 3) Richter; als solcher repräsentirt er das Gewissen des Staates. Hierin liegt, daß er nur sich selbst verantwortlich ist, daß ferner das Volk staatsrechtlich kein Gewissen hat; es ist daher Niemanden aus dem Volke staatsrechtlich gestattet, sich auf sein Gewissen zu berufen. In der absoluten Monarchie geht also alles von oben, von der Einheit aus; es bedarf in ihr in staatsrechtlicher Hinsicht keiner Vereinbarung. Wenn die absolute Monarchie ihre Weisheit, ihren Willen sowie ihr Gewissen ebenfalls von oben her ableiten, sei es, daß sie wie Agamemnon ihr Scepter dem Zeus verdanken wollen, oder daß sie sich von Gottes Gnaden nennen, so gehen sie über das Gebiet des Staates hinaus in das Gebiet der Religion.

Die constitutionelle Monarchie fordert nach ihrem Grundcharakter Trennung der drei bezeichneten Staatsgewalten. Es stehen zunächst die legislatorische und executive Gewalt zu einander im Gegensatz. Der Charakter der legislatorischen Gewalt ist hier, daß sie von unten, vom Volke ausgeht. Es geht